

Klimafolgen-Aufwand-Bericht Wetter (Ruhr) 2017

Inhalt

| | | |
|-----|---|----|
| 1 | Zusammenfassung | 3 |
| 2 | Ist-Aufnahme der Aufwände und Aktivitäten | 4 |
| 2.1 | Aufwände Wetter (Ruhr) | 4 |
| 2.2 | Flüchtlinge | 5 |
| 2.3 | Landwirtschaft | 5 |
| 2.4 | Ausgewählte Aktivitäten in NRW | 5 |
| 2.5 | Ausgewählte Aktivitäten auf Bundesebene | 6 |
| 2.6 | Informationen zum Schadenumfeld | 6 |
| 2.7 | Reaktionen auf den Klimafolgen-Aufwand-Bericht (KFA) 2016 | 8 |
| 3 | Auswertung und Bewertung | 9 |
| 4 | Anregungen | 11 |
| 4.1 | Teilkonzept Klimaanpassung angehen | 11 |
| 4.2 | Mindest-Aufwände erheben und kommunizieren | 11 |

Der vorliegende Bericht ist inhaltlich wie folgt strukturiert:

Kapitel 1: Einseitige Zusammenfassung

Kapitel 2: Zusammenfassung der Ist-Aufnahme (wird in der Anlage detailliert dargestellt)

Kapitel 3: Auswertung und Bewertung der in Kapitel 2 vorgestellten Ist-Aufnahme

Kapitel 4: Aus Kapitel 3 abgeleitete Anregungen zur Verbesserung des Ist-Zustandes

Anlagen:

Details zur Ist-Aufnahme . Siehe auch <http://agenda21-wetter.de/category/klimafolgenaufwand>

1 Zusammenfassung

Der Klimafolgen-Aufwands-Bericht (KFA) zeigt die Aufwände im Stadtgebiet Wetter (Ruhr),

- die zur Schadensbehebung extremer Wetterereignisse und
- die durch Anpassungsmaßnahmen an die Klimaerwärmung und
- die durch Flüchtlinge aufgrund extremer Wetterereignisse

in 2017 mindestens entstanden sind.

Dabei handelt es sich um die nachweisbaren Aufwände. Die tatsächlichen Aufwände bleiben eine Dunkelziffer, weil deren Erhebung zu aufwändig wäre. Da selbst die ermittelbaren Mindest-Aufwände der Klimaerwärmung in Deutschland nicht ermittelt werden, setzt die Lokale Agenda 21 Wetter ihre Berichtsreihe mit dem vorliegenden 5. KFA-Bericht fort. Ziel des Berichtes ist es, das Bewusstsein für die Entwicklung und die Höhe des Klimafolgen-Aufwandes zu schärfen. Wir hoffen, damit einen Beitrag zum Klimaschutz durch bewussteren Umgang mit Energie zu leisten.

Der ehrenamtliche Aufwand der Feuerwehr lag bei 102 Stunden. Damit waren sie knapp doppelt so oft im Einsatz wie im Jahr zuvor. Glücklicherweise auf „niedrigem Niveau“. Der Schaden in Euro verringerte sich gegenüber dem Vorjahr, da die vom Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) für Wetter gemeldeten Sachschäden um 1/6 zurückgegangen sind.

Erfreulich ist, dass die Kommunen kostenfrei auf die Dienste des Deutschen Wetterdienstes (DWD) zugreifen und erweiterte Vorgaben zu hochwasserangepassten Bauen machen können.

Demgegenüber steht die katastrophale Entwicklung beim Gesetzgeber, jetzt sogar durch ihn selbst dokumentiert. Auf eine Anfrage von Bündnis 90 / Die Grünen hin musste der Gesetzgeber einräumen, dass er zum Bevölkerungsschutz keine Ahnung zur Entwicklung von Toten und Verletzten, den Schäden für die Wirtschaft, ... aufgrund extremer Wetterereignisse hat. Da wird ständig über Klimaschutz geredet und gleichzeitig beide Augen vor den Folgen der Klimaveränderung für Bürger und Wirtschaft verschlossen.

Das letztjährige Fazit verschärft sich weiter: Es werden nicht nur die Risiken der Klimaerwärmung bei der Beratung von Gesetzen ausgeblendet. Auch erfolgt innerhalb des Parlaments keine Meinungsbildung zu den Ursachen der Flüchtlingsströme. Mit dieser selbst gewählten eingeschränkten Sichtweise kommen die Bundespolitiker ihrer Verpflichtung, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, nicht nach. Es entsteht zunehmend der Eindruck, dass unser Parlament unfähig ist, die sehr klar vorliegenden Herausforderungen zu meistern.

Konsequenz:

Wir in Wetter machen weiter: Wir machen die für uns zuständigen Parlamentarier auf die fehlende Ist-Aufnahme der Klimafolgen-Aufwände aufmerksam. Damit verbunden sollte die Evaluierung der Klimaschutzziele der Bundesregierung sein. Sind diese Ziele noch angemessen? Oder müsste das Ziel nicht eher lauten: Wir stellen so schnell wie möglich auf 100% erneuerbare Energien um – egal zu welchen Kosten – denn alles andere ist heute bereits viel teurer!

2 Ist-Aufnahme der Aufwände und Aktivitäten

2.1 Aufwände Wetter (Ruhr)

| Aufwandsart | € in Tsd. (gerundet) | | | | | Std. | | | | |
|--|----------------------|------------|------------|------------|--------------|------------|-----------|------------|------------|--------------|
| | 2017 | 2016 | 2015 | 2014 | 2013 | 2017 | 2016 | 2015 | 2014 | 2013 |
| I. Schäden aufgrund extremer Wetterereignisse | | | | | | | | | | |
| Stadt Wetter (Ruhr) mit Stadtbetrieb Wetter AöR | 0 | 0 | 0 | 0 | 122 | | | | | |
| Ehrenamtlicher Aufwand Feuerwehr in Wetter | 7 | | | | | 102 | 54 | 517 | 404 | 1.197 |
| Ehrenamtlicher Aufwand THW, DLRG + DRK | | | | | | 0 | 0 | 0 | 0 | 375 |
| Aufwand Polizei | | | | | | o.A. | o.A. | o. A. | o. A. | o. A. |
| Bei den Bewohnern angefallene Schäden | 250 | 300 | 186 | 150 | 956 | o.A. | o.A. | 0 | 15 | - |
| II. Klimafolgen-Anpassung (vorbeugende Maßnahmen) | | | | | | | | | | |
| Stadt Wetter mit Stadtbetrieb Wetter (Ruhr), Hälfte der Eigenleistung für Hochwasserschutz: | 20 | 16 | 10 | 14 | - | | | | | |
| Hausbesitzer | o.A. | o.A. | o. A. | 310 | - | | | | | |
| Ennepe-Ruhr-Kreis | 0 | 0 | 0 | 0 | - | | | | | |
| III. Aufwände der Klimamigration (Flüchtlinge aufgrund extremer Wetterereignisse in ihrer Heimat) | | | | | | | | | | |
| Symbolischer Aufwand | 1 | 1 | 1 | - | - | | | | | |
| Gesamt: | 278 | 317 | 197 | 474 | 1.078 | 102 | 54 | 517 | 419 | 1.572 |

Insgesamt waren in 2017 die KFZ der Feuerwehr 24 Std. im Einsatz. Es gab 5 Einsatztage mit einer Beteiligung von 56 Personen. Erstmals wird der zeitliche Aufwand der Feuerwehr aufgrund §5 Abs. 4 der Kostensatzung der Feuerwehr auch in Euro ausgewiesen.

2.2 Flüchtlinge

Die geplanten Aufwände für Flüchtlinge lagen in Wetter bei 1,9 Mio. €. Der Ist-Betrag lag bei 1,4 Mio.€. In diesen Aufwänden sind die Personalaufwände der städtischen Mitarbeiter nicht mit enthalten. Auch spätere Folgeaufwände, wie beispielsweise Hartz IV, können nicht mehr zugeordnet werden.

Wie in den Vorjahren ist es nicht möglich, diese Aufwände ursachengerecht zuzuordnen. Von daher werden die Kosten mit einem symbolischen Aufwand in Höhe von 1.000 € berücksichtigt.

Von Greenpeace und Oxfam wurden Studien beauftragt. Auszüge:

- Schätzungen des IDMCs (Internal Displacement Monitoring Centre) über Binnenvertriebene
Allein im Jahr 2015 wurden 27,8 Millionen Menschen neu vertrieben. Dazu zählen 19,2 Millionen Vertriebene durch Naturkatastrophen in 113 Ländern und 8,6 Millionen Vertriebene durch Konflikte und Gewalt in 28 Ländern.
- Oxfams Datenanalyse für die Jahre 2008-2016 zeigt, dass in den ärmeren Ländern im Durchschnitt pro Jahr 14 Millionen Menschen (0,42 Prozent der Bevölkerung) ihre Wohnorte fluchtartig verlassen mussten, um Schutz vor Unwetterkatastrophen zu suchen – verglichen mit knapp einer Million Menschen in den reichen Ländern (0,08 Prozent der Bevölkerung). 2016 zwangen plötzlich auftretende Unwetter insgesamt 23,5 Millionen Menschen in die Flucht. Menschen, die wegen längerfristig entwickelnden Extremwetterlagen, etwa infolge schwerer Dürren, ihre Wohnorte aufgeben mussten, sind dabei noch nicht berücksichtigt. In den ersten neun Monaten des Jahres 2017 betraf dies nach Oxfam-Schätzungen mindestens 1,9 Millionen Menschen.

Zu den Fluchtursachen

Gemäß dem Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD soll eine Kommission ‚Fluchtursachen‘ im Deutschen Bundestag eingerichtet werden, die der Bundesregierung und dem Bundestag konkrete Vorschläge unterbreiten soll. Dies ist per 12.2018 nicht umgesetzt.

2.3 Landwirtschaft

In diesem Jahr für Wetter nicht erhoben, da keine wesentlichen Wettereinflüsse erkennbar waren.

2.4 Ausgewählte Aktivitäten in NRW

Das Land NRW hat 6 Regionalforen zur Klimafolgenanpassung gestartet. Begonnen wurde in Detmold für das Gebiet Ostwestfalen-Lippe.

Ziel der seit Juni 2017 amtierenden Landesregierung ist es, den bestehenden Klimaschutzplan zu einem Klimaschutzaudit fortzuentwickeln, mit dem Maßnahmen im Rahmen eines Monitorings auf Effizienz und Wirksamkeit überprüft werden können.

Die Kosten für beide Aktivitäten werden nicht ausgewiesen.

2.5 Ausgewählte Aktivitäten auf Bundesebene

Kenntnisse der Bundesregierung auf den Bevölkerungsschutz bei Extremwetterereignissen

In der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage von Grünen-Abgeordneten (Drucksache 19/872) zu o.g. Thema werden in Bezug zu Aufwänden aufgrund extremer Wetterereignisse u.a. aufgeführt:

- Bekannte Aufwände:
 - Bezug zur Versicherungswirtschaft: 2 Mrd. € in der Sachversicherungssparte
 - Ernteschäden im Weinbau ca. 200 Mio. €.
 - THW mit Statistik von 2007 bis 2017
- Unbekannt:
 - Schäden aufgrund von Extremwetterphänomenen
 - Einschätzung der Schäden des Jahres 2017 im Verhältnis zu den Schäden der letzten 30 Jahre
 - Nicht versicherbare Schäden
 - Zusätzliche Kosten auf Bundes- und Landesebene
 - Außer Weinbau liegen keine Schadenszahlen in der Landwirtschaft vor.
 - Schäden der deutschen Wirtschaft, beispielsweise durch unterbrochene Lieferketten
 - Einsatzzahlen von Hilfsorganisationen
 - Verletzte und Tote

Zur Erhöhung der Resilienz von kritischen Infrastrukturen gegenüber Extremwetterphänomenen werden verschiedenste Maßnahmen vorgestellt. U.a. wird das am 5. Januar 2018 in Kraft getretene Hochwasserschutzgesetz II genannt: ... Auch wurden die rechtlichen Möglichkeiten der Kommunen im Baugesetzbuch (BauGB) erweitert, Anforderungen an das hochwasserangepasste Bauen zu stellen. Zudem wird den Ländern die Möglichkeit eingeräumt, sog. Hochwasserentstehungsgebiete nach eigenen Kriterien festzulegen. ...

Die Aufwände für die damit verbundenen Aufwendungen wurden weder erfragt noch von sich aus bekannt gegeben.

Deutscher Wetterdienst

der DWD kann nun außer dem Bund und den Ländern auch Gemeinden und Gemeindeverbänden seine Dienstleistungen für die Bereiche Katastrophen-, Bevölkerungs- und Umweltschutz entgeltfrei anbieten.

Prof. Dr. Gerhard Adrian: „Das dürfte für viele Kommunen ein Anreiz sein, sich zum Beispiel gemeinsam mit der fachlichen Unterstützung des DWD besser auf den Klimawandel vorzubereiten.“

Auf der Grundlage des Geodatenzugangsgesetzes kann der DWD jetzt seine Deutschland betreffenden Geodaten und Geodatendienste kostenfrei zur Verfügung stellen. Das gilt zum Beispiel für Daten des Messnetzes des DWD, Wetterradarbilder, Wettervorhersagen oder auch Klimazeitreihen.“

2.6 Informationen zum Schadenumfeld

Extremwetterereignisse

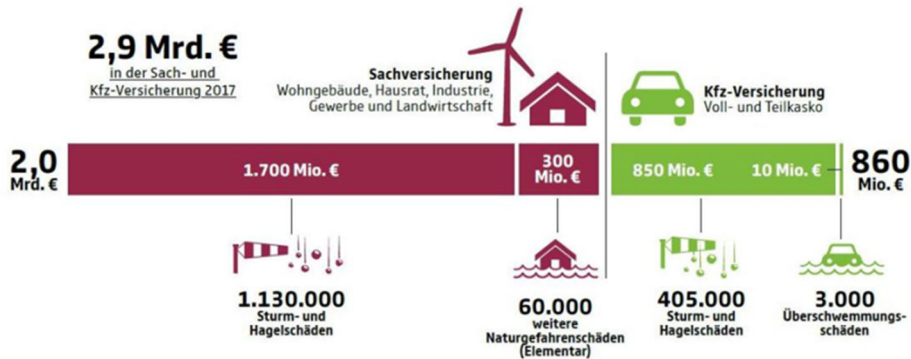
Im letzten Jahr gab es in der lokalen Presse 9 Artikel über die Folgen extremer Wetterereignisse in der Region.

In 2017 gab es 28 bestätigte Tornados. Dies ist, gemeinsam mit dem Jahr 2013, die niedrigste Anzahl Tornados der letzten 7 Jahre.

Der Deutsche Wetterdienst hat für Deutschland monatsweise extreme Wettersituationen zusammen getragen, bei denen u.a. auch Verletzte und Tote benannt wurden. Die Übersicht haben wir in den Details von Januar bis Oktober auf 10 ½ Seiten dargestellt.

Naturgefahrenreport 2018 des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft

Schäden durch Naturgefahren 2017 auf einen Blick



Klimarisiko-Index (KRI)

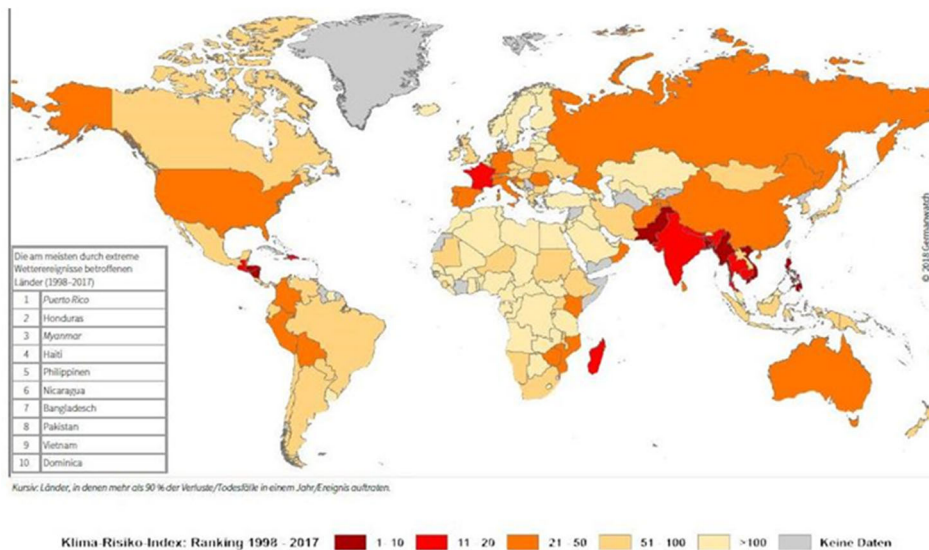


Abbildung 1: Weltkarte des Globalen Klima-Risiko-Index für die Jahre 1998-2017
Quelle: Germanwatch und Munich Re NatCatSERVICE

Auszüge aus den Hauptaussagen des von Germanwatch herausgegebenen Klima-Risikoindexes für den Zeitraum 1998 bis 2017: Deutschland liegt beim KRI, ermittelt aus den Jahren 1998 bis 2017 auf Platz 25 und hat sich damit um zwei Plätze gegenüber dem letztjährigen KRI verbessert. An Zahlen werden pro Jahr für Deutschland ausgewiesen:

- Todesopfer: 475
- Tote pro 100.000 Einwohner: 0,585
- Schäden in Mio. US\$ (Kaufkraftparität): 3.945,82
- Schäden pro Einheit BIP in %: 0,124
- Anzahl der Ereignisse insgesamt: 15,7

Lokale Agenda 21 Wetter (Ruhr) e.V.

www.agenda21-wetter.de, verein@agenda21-wetter.de

Dieter Röllke und Rolf Weber . In konstruktiver Zusammenarbeit mit der Stadt Wetter (Ruhr), Feuerwehr, THW, DWD, GDV ...

Reaktion von Politik/Versicherer

Versicherer und Bundesländer erhöhen den Druck auf Hausbesitzer und Mieter: Unterstützung für Hochwasser-Geschädigte soll es nur noch geben, wenn Betroffene keine Police bekommen.

2.7 Reaktionen auf den Klimafolgen-Aufwand-Bericht (KFA) 2016

Externe Bezüge

Über den KFA 2016 wurde in unterschiedlichen Medien, auch auf Kreis- und Deutscher Ebene, berichtet. Zudem wurde er von der EVAL-Bewegung, siehe <http://www.evalww.com>, aufgenommen

Parlamentarier

Der KFA 2016 wurde den für Wetter (Ruhr) zuständigen Bundestagsabgeordneten zur Verfügung gestellt.

Von Dr. Ralf Braucksiepe ist eine Antwort erfolgt. In dieser wird der LA21 explizit gedankt. Auszüge:

- Die Bundesregierung stützt sich bei der Einschätzung der Klimafolgen in erster Linie auf die Aussagen des 5. Sachstandsberichts des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) von 2013/2014, der den aktuellen Stand der Klimawissenschaft zusammenträgt.
- Gleichwohl halte ich lokale Klimafolgenberichte für ein sinnvolles Mittel, um vor Ort die Folgen des Klimawandels zu bewerten. Ich bin Ihnen und Ihren Mitstreitern daher sehr dankbar für Ihr Engagement und wünsche Ihnen weiterhin alles Gute für Ihre Arbeit.

Darauf, dass die extremen Wetterereignisse auf lokaler Ebene Folge der Schnelligkeit, mit der die Energiewende umgesetzt wird, zu tun hat, wird nicht eingegangen.

Herr Ralf Kapschack hat mit E-Mail vom 12.07.2018 den KFA 2016 an das zuständige Ministerium weitergeleitet. Er erwartet noch dessen Rückmeldung, bevor die LA21 eine ausführliche Stellungnahme erhält.

Frau Irene Mihalic von Bündnis 90 / Die Grünen hat die LA21 Wetter am 27.09.2018 über ihre oben referenzierte kleine Anfrage zum Bevölkerungsschutz an die Bundesregierung informiert. Zudem wird über eine zweite Anfrage nachgedacht.

Auf die Anregung, einfach messbare Mindestaufwände zu erheben, ist keiner der Parlamentarier eingegangen.

3 Auswertung und Bewertung

Erstmalig konnte der Einsatzaufwand der Feuerwehr auch in Euro ausgewiesen werden, da es eine entsprechende Regelung in der Satzung der Feuerwehr gibt. Die Feuerwehr war auf niedrigem Niveau mit 102 Std. knapp doppelt so oft im Einsatz, als im Vorjahr. Glücklicherweise „niedriges Niveau“. Der Schaden in Euro verringerte sich gegenüber dem Vorjahr, da die vom GDV gemeldeten Sachschäden um 1/6 zurückgegangen sind.

An dieser Stelle vielen Dank an die Mitarbeiter der Stadt Wetter und das Versicherungsbüro Heyermann für die Bereitstellung der Aufwände. Ebenso gilt unser Dank dem GDV für die Ermittlung der Aufwandsdaten für Wetter (Ruhr).

Auch für 2017 kann mit keiner konkreten Aussage zur anteiligen Höhe der Aufwände für Flüchtlinge aufgewartet werden. Zwar soll eine Kommission „Fluchtursachen“ gebildet werden. Dies ist allerdings noch nicht geschehen. Einfach unglaublich: Da gibt es in 2015!!! eine Flüchtlingswelle, und zu den Ursachen gibt es bis heute im parlamentarischen Betrieb keine Meinungsbildung. Dafür aber öffentliche Diskussionen ohne Ende. Und diese völlig einseitig mit Schwerpunkt darauf, wie wir die Fluchtwege dicht machen können.

Wieder machen NGO's, wie Greenpeace und Oxfam die Arbeit, die eigentlich unsere Parlamentarier machen müssten. Ein Skandal sondergleichen. So bleibt eine der möglichen Konsequenzen „Braunkohlekraftwerke am Stromnetz lassen und weiterhin extrem viel CO₂ produzieren“

- „Klimaerwärmung befördern“
- „Dürren nehmen weltweit zu“
- „Flüchtlingsstrom nach Europa“

weiterhin bei der Gestaltung von Gesetzen zur Energiewende unberücksichtigt.

In Anbetracht eines realen Aufwandes für die Flüchtlinge in Höhe von 1,4 Mio. € in Wetter (Ruhr) in 2017 sind die angesetzten 1.000 € als symbolischer Aufwand eher als zu gering einzuschätzen.

Zu begrüßen ist, dass das Land NRW mit Regionalforen zur Klimafolgenanpassung gestartet ist. Auch die Weiterentwicklung des Klimaschutzplans zu einem Klimaschutzaudit macht sicher Sinn. Wichtiger aber sind konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz. Und da ist die Unterstützung der Landesregierung für die Verstromung von Braunkohle einfach das falsche Signal.

Auch hier gilt wieder: Der Aufwand für Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung wird nicht hinterfragt. Dieser wird als Gottgegeben hingenommen, als wenn wir selbst nicht zu diesen Aufwänden beitragen würden.

Jetzt haben wir es aufgrund einer Anfrage von Bündnis 90 / Die Grünen sogar schriftlich. Die Bundesregierung hat keinen Überblick zur Entwicklung der Schäden, die durch die Klimaveränderung entstehen. Weder Tote und Verletzte noch die Auswirkungen auf unsere Wirtschaft, noch ... kümmern die Bundesregierung bei der Gestaltung von Gesetzen zur Energiewende. Allerdings: Wenigstens zum THW liegen Zahlen vor.

Auch hier sind die NGO's aktiv, wo unsere Parlamentarier versagen. Germanwatch ermittelt konkrete Zahlen für Deutschland wie beispielsweise für den Zeitraum 1998 bis 2017: Tote pro 100.000 Einwohner: 0,585 oder Schäden in Mio. US\$ (Kaufkraftparität): 3.945,82 €.

Positiv sind die Möglichkeiten, die den Kommunen für den Umgang mit der Klimaveränderung an die Hand gegeben werden:

- Der DWD kann nun außer dem Bund und den Ländern auch Gemeinden und Gemeindeverbänden seine Dienstleistungen für die Bereiche Katastrophen-, Bevölkerungs- und Umweltschutz entgeltfrei zur Verfügung stellen.
- Die rechtlichen Möglichkeiten der Kommunen im Baugesetzbuch (BauGB) wurden erweitert, Anforderungen an das hochwasserangepasste Bauen zu stellen.

An der **Konsequenz** hat sich nichts geändert: Wir in Wetter machen weiter: Wir stellen uns aktiv auf die Klimaerwärmung ein und machen die für uns zuständigen Parlamentarier auf die fehlende Ist-Aufnahme der Aufwände aufgrund der Klimaerwärmung aufmerksam. Damit verbunden sollte die Evaluierung der Klimaschutzziele der Bundesregierung sein. Sind diese Ziele noch angemessen? Oder müsste das Ziel nicht eher lauten: Wir stellen so schnell wie möglich auf 100% erneuerbare Energien um – egal zu welchen Kosten – denn alles andere ist heute bereits viel teurer!

Erfreulicherweise sind zu dem KFA 2016 Rückmeldungen unserer Parlamentarier eingegangen.

Dr. Ralf Braucksiepe dankt explizit für unsere Arbeit. Eine Auswirkung auf seine Arbeit bzw. die der CDU/CSU wird explizit ausgeschlossen. Das Bürger aktiv mitdenken und Anregungen geben wollen, ist wohl nicht erwünscht.

Auch nach über einem Jahr liegt leider keine Rückmeldung des von Ralf Kapschack eingebundenen zuständigen Ministeriums vor. Auch dies bezeichnend für die Weigerung, die aktuelle Veränderung unseres Wetters mit Konsequenzen in Bezug auf die Gestaltung der Energiewende-Gesetze zu versehen.

Bei Irene Mihalic von Bündnis 90 / Die Grünen wollen wir uns ausdrücklich bedanken. Ihre Anfrage an die Bundesregierung hat deutlich gemacht, mit welcher Ignoranz die Bundesregierung dem Schutz der Bevölkerung vor extremen Wetterereignissen begegnet.

Auf die Anregung im KFA 2016, einfach messbare Mindestaufwände zu erheben, ist leider keiner der Parlamentarier eingegangen.

4 Anregungen

4.1 Teilkonzept Klimaanpassung angehen

Beim geplanten Teilkonzept Klimaanpassung die im Bericht ermittelten Möglichkeiten mit berücksichtigen:

- Der DWD kann nun außer dem Bund und den Ländern auch Gemeinden und Gemeindeverbänden seine Dienstleistungen für die Bereiche Katastrophen-, Bevölkerungs- und Umweltschutz entgeltfrei zur Verfügung stellen.
- Die rechtlichen Möglichkeiten der Kommunen im Baugesetzbuch (BauGB) wurden erweitert, Anforderungen an das hochwasserangepasste Bauen zu stellen.

Zudem wird darauf hingewiesen, dass bei der Fortführung des EEA der ECA (European Climate Award) ergänzt werden könnte. Hier werden die Maßnahmen zur Klimaanpassung behandelt.

4.2 Mindest-Aufwände erheben und kommunizieren

Als Mindestaufwände aufgrund der Klimaerwärmung werden solche Aufwände verstanden, die extremen Wetterereignissen oder der Klimaanpassung direkt zugeordnet und mit einem vertretbaren Aufwand ermittelt werden können. Dazu zählen beispielsweise:

- Anzahl und personeller Aufwand aufgrund extremer Wetterereignisse bei Feuerwehr, DLRG, DRK, Luft- und Wasserrettung in Deutschland.

Hinweis: Das BKK hat hierzu mit seiner Broschüre „Klimawandel – Herausforderung für den Bevölkerungsschutz“ einen ersten Aufschlag gemacht.
- Die von Bund und Ländern bereitgestellten Katastrophenhilfen aufgrund extremer Wetterereignisse in Euro ermitteln und jährlich fortschreiben.
- Personeller + finanzieller Aufwand bei Bund, Ländern und Gemeinden für Klimaanpassungsmaßnahmen ermitteln und jährlich fortschreiben.
- Die Kommission „Fluchtursache“ des Bundestages installieren. Dabei das bereits gesammelte Knowhow der NGO's mit einbeziehen.

Diese Informationen sollen insbesondere dazu dienen

- ein Bewusstsein für die Höhe und die Entwicklung des Schadenspotentials durch extreme Wetterereignisse, des Aufwandes für die Klimaanpassungsmaßnahmen sowie die Klimamigration zu schaffen.
- die Entscheidungsgrundlage für die Parlamentarier erweitern. Insbesondere soll die benötigte Geschwindigkeit zur Umsetzung der Energiewende besser beurteilt werden können.